

**Protokoll
über die Beratung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und
Rechte der Minderheiten am 02.04.2008**

Anwesend: s. Anwesenheitsliste (Anlage)
Ort: Technisches Rathaus, Raum 1.001/1.002
Leitung: Vorsitzender, Herr Dr. Fischer

Herr Dr. Fischer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste.

TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung

Frau Duhra bittet Herrn Dr. Fischer um Ergänzung der Tagesordnung und als Punkt 3.1. die Auswertung der Studie zu „Kita-Gebühren in 100 Städten in Deutschland“ durch den Fachbereich 51 vorzuziehen. Alle weiteren Punkte schließen sich nachfolgend an.

Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung einstimmig bestätigt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Zum Protokoll vom 05.03.2008 gibt es keine Beanstandungen, Ergänzungen oder Hinweise.

Das Protokoll wird einstimmig bestätigt.

TOP 3: Berichte und Informationen

**TOP 3.1. Auswertung der Studie zu „Kita-Gebühren in 100 Städten in Deutschland“
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM**

Frau Klaucke, Fachbereich Jugend, Schule und Sport, übergibt den Ausschussmitgliedern einen Auszug der Auswertung o. g. Studie aus Cottbuser Sicht und erläutert diese den Anwesenden.

Herr Schulz schlägt nach der Beendigung des Vortrages von Frau Klaucke vor, dass sich die Stadtverwaltung dazu im Amtsblatt der Stadt Cottbus oder in anderen Pressemitteilungen mit den Inhalten äußern sollte, da die Veröffentlichungen zu o. g. Thema in der Vergangenheit ein falsches Bild aufzeigen und unter der Bevölkerung für Aufregung sorgen.

Herr Dr. Fischer äußert, dass der Städtevergleich in Brandenburg hierzu herangezogen werden sollte. Es ist wichtig, in Cottbus einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Dies sollte auch hinreichend bekannt gegeben werden.

Herr Weiße nimmt die Anregung mit auf und wird diese der Verwaltungsspitze vortragen.

Herr Schultchen, LIGA-Sprecher, führt aus, dass auch in der LIGA zur Thematik gesprochen wurde und die Meinung vertreten wird, dass die Kindertagesstätten einen Bildungsauftrag haben. Die LIGA regt an, eine Beitragsfreiheit anzustreben. Dieses Thema ist jedoch auf bundesrechtlicher und landesrechtlicher Ebene anzubringen und sei daher auf anderer Ebene zu klären.

Herr Dr. Fischer bedankt sich für die Ausführungen und Hinweise der Anwesenden.

TOP 3.2 Bericht zum Arbeitstand der Freiwilligenagentur

Durch **Frau Franze-Hartmann**, Leiterin der Freiwilligenagentur, erfolgt eine Rechenschaftslegung über die Arbeit der Freiwilligenagentur, die den Ausschussmitgliedern und Anwesenden in schriftlicher Form übergeben wird. Seit sechs Jahren engagiert sich die Freiwilligenagentur in Cottbus und wird durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband, durch das Programm „Soziale Stadt“ und durch die Stadtverwaltung Cottbus, Fachbereich Soziales, finanziert und unterstützt, wofür sich Frau Franze-Hartmann bedankt.

Durch die Freiwilligenagentur konnten noch nicht alle Zielgruppen aufgefangen werden. Es werden die in diesem Jahr vorgesehenen Projekte, Veranstaltungen und Konzeptionen vorgestellt.

Frau Franze-Hartmann erteilt das Wort an **Frau Wichmann**, die seit einem Jahr in der Freiwilligenagentur arbeitet und den 1. Marktplatz „Gute Geschäfte“ 2007 auswertet.

Eine Herausforderung für den 1. Marktplatz „Gute Geschäfte“ war die Umsetzung der holländischen Methode, dass sich Unternehmen und gemeinnützige Institutionen treffen, um gemeinsam Engagementvereinbarungen zu schließen und diese im Gemeinwesen zu integrieren. Zum guten Gelingen dieser Veranstaltung wird ein Film vorgestellt. Der besondere Umstand an dieser Veranstaltung bestand darin, dass nicht nach finanziellen Hilfen gefragt werden darf, sondern ein gegenseitiger Austausch von Sachgütern bzw. Ideen erfolgen soll. Es wurden 58 Vereinbarungen mit 29 Unternehmen getroffen.

Im November 2008 wird es einen 2. Marktplatz „Gute Geschäfte“ geben, wozu alle Anwesenden herzlich eingeladen sind.

Herr Dr. Fischer bemerkt, dass die Finanzierung der Freiwilligenagentur für 2008 nicht gesichert war und dankt der Stadtverwaltung und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband für die Unterstützung.

Herr Dr. Fischer bedankt sich bei **Frau Franze-Hartmann** und **Frau Wichmann** für die Ausführungen.

Frau Ceglarek, Arbeiter-Samariter-Bund, ergänzt, dass der ASB die Leistungen der Freiwilligenagentur seit sechs Jahren nutzt. Es besteht ein regelmäßiger Kontakt, den der ASB nicht mehr missen möchte, da diese Aufgaben durch den Träger sonst nicht erbracht werden können.

TOP 3.3 Information zu Kommunal-Kombi

Herr Weiße stellt die derzeitige Antragssituation dar.

Gegenwärtig liegen 53 Anträge mit 123 Stellen vor. Das Verfahren wird transparent gestaltet. Die Mittelfreigabe vom Land Brandenburg liegt noch nicht vor. Momentan werden die Träger informell zum Inhalt und zu den Auswirkungen des Bundesprogramms als auch bei der Beantragung der Leistungen unter Hinzunahme der Antragsformulare beraten.

Frau Duhra führt hierzu aus, dass zurzeit eine Projektgruppe zur Benehmensstellung gebildet wird. In dieser sollen Herr Thomas aus dem Geschäftsbereich III, ein Vertreter des Integrationsfachdienstes, Frau Kasch aus dem Geschäftsbereich I, ein Vertreter der ARGE und der Fachbereich Soziales mitwirken. **Frau Duhra** überreicht ebenfalls eine Einladung zur Mitarbeit in der Projektgruppe an den Ausschuss und bittet um Mitarbeit.

Herr Richter fragt an, wie oft die Projektgruppe stattfindet soll.

Frau Duhra informiert, dass sich die Projektgruppe voraussichtlich einmal monatlich zu einer Beratung einfinden wird.

Herr Dr. Fischer erklärt sich bereit, in der Projektgruppe mitzuarbeiten und schlägt vor, Problemfälle mit in den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Rechte der Minderheiten zu nehmen.

Herr Dr. Fischer bedankt sich für die Ausführungen.

TOP 3.4. Sozialreport 2007

Der Entwurf des Sozialreportes 2007 wurde den Ausschussmitgliedern übergeben.

Frau Duhra stellt den Sozialreport vor und erläutert die Ausführungen zu den wichtigsten Leistungen im SGB II und XII.

Herr Dr. Fischer dankt **Frau Duhra** für die Ausführungen. Er gibt jedoch zu bedenken, dass der Bericht zu fiskalisch und statistisch gehalten ist und nichts zu Lebenssituationen einzelner Gruppen aussagt. Es sollte Konkretes aus der Lebenssituation Einzelner darin enthalten sein.

Da der Sozialreport noch nicht allen Ausschussmitgliedern vorliegt, wird vorgeschlagen, die Diskussion dazu im Ausschuss Monat Mai zu führen.

TOP 4.: Vorlage III – 007/08

Änderung der Satzung der Stadt Cottbus über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Spätaussiedlern und ausländischen Flüchtlingen vom 23.12.2004

v.: Geschäftsbereich III, Fachbereich 50

Frau Duhra gibt einen kurzen Überblick über die Notwendigkeit der Satzungsänderung und erteilt das Wort an **Frau Ziller**, Servicebereichsleiterin des Fachbereiches Soziales, die die Anwesenden zum Inhalt informiert.

Durch **Frau Ziller** werden die erforderlichen Änderungen zur Satzung der Stadt Cottbus über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von bleibeberechtigten Zugewanderten und ausländischen Flüchtlingen vorgestellt. Die aktuelle Satzung mit Gültigkeit seit dem 01.01.2005 muss aufgrund eingetretener Änderungen entsprechend dem neuen Betreibervertrag ab dem 01.03.2008, der Senkung der Kapazität von 100 auf 80 Plätze und der Reduzierung der Mietkosten entsprechend des neuen Mietvertrages) überarbeitet werden. Das Landesaufnahmegesetz als rechtliche Grundlage gibt hier klare Vorgaben, die unter Einbindung des MASGF erfüllt wurden.

Herr Richter fragt an, ob Spätaussiedler oder ausländische Flüchtlinge derzeit über Einkommen verfügen bzw. verfügen dürfen.

Hierzu erklärt **Frau Ziller**, dass derzeit zwei Personen in der Übergangseinrichtung beherbergt werden, welche über Einkommen verfügen und sich an den Kosten der Unterkunft beteiligen. Rechtliche Regelungen für eine Erteilung einer Arbeitserlaubnis, speziell für den Personenkreis der ausländischen Flüchtlinge, gibt es.

Frau Ceglarek fragt nach, warum die Gebühren für einige Nutzer/Personenkreise gestiegen sind.

Frau Ziller erläutert, dass dies aus der geänderten Staffelung der Nutzungsgebühren resultiert. Diese sind nach § 5 (2) LAufnG vorgeschrieben und wurden mit dem MASGF abgestimmt.

Herr Dr. Fischer gibt zu Bedenken, dass die Kapazität der Übergangseinrichtung anhand der durchschnittlichen Belegung immer noch zu hoch ist.

Frau Ziller erwidert, dass eine 100 %ige Auslastung anhand der Zuwanderungsprognosen durchaus zu erwarten ist und daher die Kapazität mit 80 Plätzen vorgenommen wurde.

Durch **Herrn Löbert** wird angefragt, wie der abgegebene Aufgang des Hauses genutzt wird.

Dazu erklärt **Frau Duhra**, dass der Aufgang dem Selbsthilfeverein „Futurum“ e. V. angeboten wurde und seit dem 01.03.2008 genutzt wird.

Herr Dr. Fischer bittet die Ausschussmitglieder nun um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis zur Vorlage III – 007/08

Der Ausschuss erteilt der Stadtverordnetenversammlung folgende Empfehlung zur Beschlussfassung:

**6 Zustimmungen
0 Gegenstimmen
0 Enthaltungen**

TOP 5. Sonstiges

Frau Duhra informiert zum **Pflegetag „Später beginnt jetzt“** am 25.04.2008 der Pflegeinitiative Brandenburg und gibt den Anwesenden die Möglichkeit, Plakate, Fragebögen und Flyer mitzunehmen.

Herr Schulz stellt eine Anfrage zur Veröffentlichung im letzten Heft des Städtetages zum Thema Pflegestützpunkte. Bürger verstehen mit den Namen „Pflegestützpunkt“ nicht das, was es eigentlich darstellen soll. Darüber hinaus stellt Herr Schulz die Frage, ob die Kommune die Aufgaben in einem Pflegestützpunkt wahrnimmt.

Frau Duhra bemerkt zur ersten Frage, dass auch der Fachbereich Soziales dies schon aufgenommen und sich dazu verständigt hat, dem zukünftigen Pflegestützpunkt in Cottbus einen anderen Namen zu geben.

Herr Weiße erklärt zu Frage 2, dass diese Problematik mit Herrn Staatssekretär Alber beim letzten Besuch schon besprochen wurde. Wir wollen einen Vorschlag für einen kommunalen Pflegestützpunkt unterbreiten. Weitere Informationen hierzu erfolgen im Mai/Juni 2008 hier im Ausschuss. Die Hilfe für die Betroffenen soll in den Vordergrund gestellt werden.

Die Sitzung endet um 19.00 Uhr.

gez. Dr. Fischer
Vorsitzender

gez. Werner
Protokollantin